

Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik BW

46. Newsletter

„Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Dezember 2024

Editorial

„Ich bin nicht so optimistisch, aber ich glaube, es müsste eigentlich darum gehen, eine Gegenerzählung zu erschaffen, und zwar ganz unabhängig davon, welche Politik gemacht wird. Und zwar eine Erzählung der Einheit. Weil natürlich verbindet alle Menschen in Deutschland viel mehr, als sie trennt.“ So **Gilda Sahebi** in ihrem Beitrag „**Vogliamo una vita bella**“ bei der Veranstaltung „Das Recht auf Bewegungsfreiheit verteidigen!“ Wir waren als Netzwerk Mitveranstalter neben der Tübinger medico Gruppe und medico international. Gilda Sahebi beschreibt das Narrativ der Spaltung. „Die Grundlage dieser Erzählung, dass Migration Deutschland schadet, ist das alte rassistische Narrativ: „Wir gegen die“, also „hier die Deutschen, dort die Ausländer“. Und diese Erzählung sitzt in Deutschland sehr tief.“

Der Beitrag von Gilda Sahebi ist als Gastkommentar in diesem Newsletter abgedruckt. Der Mittschnitt der kompletten Veranstaltung steht zum Download zur Verfügung (siehe unten). Darin auch die beeindruckenden Gespräche mit Aktivist*innen aus der Sahelzone und Marokko, die sich dort der Kriminalisierung der Bewegungsfreiheit entgegenstellen.

Wer von euch am Jahresende noch Geld zu verteilen hat: der „Fonds für Bewegungsfreiheit“ verbindet die konkrete Solidarisierung mit kriminalisierten Geflüchteten mit einer Intervention in den Diskurs und ist ein kleiner erster praktischer Schritt einer Gegenerzählung: [Fonds für Bewegungsfreiheit](#).

Wir können in diesem Newsletter noch einen zweiten, etwas anderen Gastkommentar anbieten. **Astrid Messerschmidt** hat uns das „ergänzungsbedürftige“ Arbeitspapier **Sprechen über Israel, den Nahostkonflikt und Antisemitismus in der deutschen Migrationsgesellschaft** zur Verfügung gestellt und etwas theoretisch gerahmt. Sie will damit eine Diskussion anregen, wie eine kritische Bildungsarbeit dazu beitragen kann, in den aktuellen Gewaltverhältnissen sprachfähiger zu werden?

Am letzten Newsletter hatten wir an dieser Stelle auf die Kampagne für ein **Landesantidiskriminierungsgesetz** verwiesen und dort schon berichtet, dass die zivilgesellschaftlichen Stimmen in der aktuellen politischen Situation schwer Gehör finden. Wir hatten Vertreter*innen der Berliner Senatsverwaltung zu einer Veranstaltung

46. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

und einem Pressegespräch eingeladen, um die Vorwürfe, das Gesetz sie mit einem unangemessenen Bürokratieaufbau verbunden, einen Faktencheck zu unterziehen. Über das Pressegespräch des breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses von Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Interessenvertretungen wurde aber in der Presse nicht berichtet. Man muss sich das mal auf der Zunge zergehen lassen: Die Presse hatte in den Wochen zuvor über jede Mitteilung des Beamtenbundes, oder der Kommunalverbände gegen das Gesetz ausführlich berichtet, hat den völlig aus der Luft gegriffenen Begriff des „Bürokratiemonsters“ einfach übernommen, ohne ihn zu prüfen, hat ausführlich über innerparteiliche Konflikte berichtet, aber keine Zeile zu unserer Argumentation. Gegen den Vorwurf des Bürokratieaufbaus ist es in diesen Zeiten offensichtlich schwer, noch Politik zu machen. Das Bündnis gibt aber nicht auf. Sie finden in diesem Newsletter den Mitschnitt der Veranstaltung und einen Faktencheck.

Wir hoffen, dass ihr durch die Beiträge dieses Newsletters in Eurer Arbeit unterstützt und angeregt werdet.

Liebe Grüße

das Redaktionsteam

Das Netzwerk Rassismuskritische Migrationspädagogik Baden-Württemberg versteht sich als Forum von Menschen aus den Feldern Soziale Arbeit, Schule, Bildung/Weiterbildung, Hochschule sowie angrenzenden Professionen, die sich fachlich und (fach-)politisch in den Feldern Soziale Arbeit, Schule, Weiterbildung – und auch darüber hinaus – einmischen und dort Rassismus selbststärkend, reflexiv-kritisch und wenn nötig auch skandalisierend zum Thema machen.

Das Netzwerk informiert mit diesem Newsletter Interessierte in Abständen von circa zwei Monaten über aktuelle Entwicklungen, Veranstaltungen und Publikationen in den Feldern der Rassismuskritik und Migrationspädagogik.

Der Newsletter erreicht bundesweit über 2300 Adressen und wird weitgehend ehrenamtlich erstellt. Die Auswahl der Beiträge lebt auch von den Empfehlungen (info@rassismuskritik-bw.de), die bei uns eingehen, und hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Redaktion: Andreas Foitzik, Sabine Pester und Axel Pohl

Gastkommentar von Gilda Sahebi

„Vogliamo una vita bella“

Beitrag bei der Veranstaltung „Das Recht auf Bewegungsfreiheit verteidigen!“

Schön, dass ihr alle da seid und euch mit diesem Thea beschäftigt und euch dazu engagiert. Ich habe überlegt, mit dem einzusteigen, was gerade mich und vermutlich auch euch gerade sehr beschäftigt. Mit dem, was gerade in den USA passiert, weil das denke ich viel zu tun hat mit dem, was bei uns passiert. Vorgestern hat der alte und neue Präsident Donald Trump verkündet, wer sich um die Massenabschiebungen kümmern wird, die er ja schon seit Monaten oder Jahren verkündet hat, dass sie passieren werden, sobald er an der Macht ist. Und der Mann, der das machen soll, ist Tom Homan. Tom Hogan war in der ersten Amtszeit Trumps Leiter der Polizeibehörde in den USA, die eben diese Abschiebungen durchführt. Er war auch der Mann, der für die sogenannte Child Separation Policy verantwortlich war. Das war die Praxis, dass Kinder an der Grenze zu den USA von ihren Familien getrennt wurden. Tom Homan wurde vor einigen Wochen in einem Interview gefragt, ob es denn möglich wäre, so viele Massen an Menschen zu deportieren, ohne dass Kinder von ihren Familien getrennt würden. Seine Antwort war „Ja, das ist möglich, indem man die ganze Familie abschiebt“.

Der Beitrag ist eine Transkription eines mündlichen Beitrags bei der Veranstaltung „Das Recht auf Bewegungsfreiheit verteidigen“, die das Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik mit medico international am 12.11.2024 in Tübingen durchgeführt hat.

Weitere Infos: [Das Recht auf Bewegungsfreiheit verteidigen - Veranstaltung - 12.11.2024- medico international](https://www.youtube.com/watch?v=LwO_k2LV4jY)

Zum Mitschnitt: https://www.youtube.com/watch?v=LwO_k2LV4jY

Egal in welches westliche oder auch nicht westliche Land man schaut, es gibt nur noch sehr, sehr wenige sprachliche Grenzen in Bezug auf Menschen, die geflohen sind, die nicht mehr überschritten werden. Auch hier in Deutschland wurde in den Parteien ganz offen diskutiert, dass gegen Menschen an deutschen Grenzen Gewalt angewendet werden sollte. Und das ist in Europa sowieso schon Realität. Ihr wisst es, dass Menschen an den EU-Außengrenzen sexualisierte Gewalt, Pushbacks und auch ganz konkret Tötungen erleben. Das ist oft belegt und nachgewiesen worden und trotzdem tun Politiker*innen so, als würde es das alles nicht geben nicht und sie kommen damit auch durch, weil es geht ja nur um fliehende Menschen.

Und das liegt eben an den Geschichten, die bei uns, die wir uns erzählen, und zwar schon seit Jahrzehnten. Dass Menschen, die aus bestimmten Gegenden der Welt stammen, weniger wert sein als andere Menschen. Das wird selten von Politiker*innen explizit ausgesprochen. Sie sagen es anders. „Wegen der Flüchtlinge müssen die Deutschen leiden. Wegen der Flüchtlinge findet ihr keine Wohnung. Wegen der Flüchtlinge findet ihr keinen Kitaplatz. Wegen der Flüchtlinge zahlt ihr so viele Steuern. Wegen der Flüchtlinge haben wir kein Geld für unsere Straßen, für die Bahn, für unsere Schulen, für unsere Kommunen.“ Das ist natürlich eine Erzählung, das ist eine Lüge. Sie führt aber dazu, dass kaum oder gar keine politischen Alternativen für die Probleme angeboten werden oder werden müssen, die Deutschland tatsächlich hat. Zu hohe Steuern und Abgaben für die arbeitende Bevölkerung, zu wenig Wohnraum, den Menschen sich leisten können, zu wenig Lehrer*innen in den Schulen, zu viel Stundenausfall, zu viel Bürokratie und noch viel mehr. Es gibt so vieles, was in diesem Land nicht funktioniert. Seit Jahrzehnten heißt die erste Lösung darauf lautet aber „Zuzugsbegrenzung“ und „Ausländer raus!“. Das

46. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Problem dabei ist, dass sich so keines dieser Probleme lösen lassen wird. Das ist für viele Politiker*innen eine sehr bequeme Diskussion. Auch deswegen wird dieses „Ausländer-raus-Spiel“ in Deutschland schon seit mehr als 150 Jahren gespielt und es fühlt sich dementsprechend normal an. Die Grundlage dieser Erzählung, dass Migration Deutschland schadet, ist das alte rassistische Narrativ: „Wir gegen die“, also „hier die Deutschen, dort die Ausländer“. Und diese Erzählung sitzt in Deutschland sehr tief. Im Kaiserreich waren es Pol*innen und Slawen, die man loswerden wollte. Nach dem Krieg waren es dann erst die italienischen und portugiesischen und dann die türkischen Gastarbeiter*innen. Ab den 80er Jahren kamen die Geflüchteten dazu. Allerspätestens nach „Nine Eleven“ waren die muslimischen Eingewanderten „das allergrößte Übel“. Daran sieht man auch, dass es im Prinzip Zufall ist, wen es trifft.

Wir hatten Anfang der 90er Jahre exakt dieselben Diskussionen wie heute. Damals wurde dann auch das Grundrecht auf Asyl eingeschränkt, weil „die Kommunen und die Behörden überlastet waren“. Und sie waren überlastet. Das war in Teilen absichtlich herbeigeführt, indem zum Beispiel mehrere tausend Stellen in den Ämtern nicht besetzt wurden. Man sprach damals wie heute von einer „Notlage“, es sei „fünf vor zwölf“ usw. Wir kennen es. Es sind exakt eins zu eins dieselben Dinge, die heute gesagt werden. Und schon vor mehr als 30 Jahren kam man nicht auf die Idee, sich tatsächlich an diese strukturellen Mängel zu machen, die zu genau dieser Überlastung, die wir heute auch haben, geführt haben. Also Wohnraum, Schulen, Kriminalität, soziale Vernachlässigung, personelle Besetzung der Behörden. Das haben wir alles heute noch, weil es nie gelöst wurde. Und die rassistischen Erzählungen haben dann die strukturellen Probleme überdeckt.

Ich glaube, eines der Probleme ist, dass es keine Gegenerzählung gibt, gerade in der Politik. Es gibt keine politische Kraft, und keine Partei, die ernsthaft konsequent eine andere Geschichte erzählt. Das heißt dann auch, dass die Erzählung der autoritären Kräfte – das ist in den USA genauso wie bei uns - die Debatte absolut bestimmen, die Gefühle von Menschen und eben auch die ganz konkrete Politik. Und das führt zu Massenabschiebungen in den USA und zu Grenzschiebungen, unmenschlicher Behandlung von Menschen und der Abwertung menschlichen Lebens bei uns.

Und ich frage mich sehr oft, wo die politischen Kräfte sind, die eine Gegenerzählung vertreten könnten, die zum Beispiel nach einem islamistischen Terroranschlag nicht nur so bescheuerte Sätze sagen wie „Nicht alle Flüchtlinge sind Terroristen“ oder „Die meisten Migranten sind gute Menschen“. Das ist ganz toll, wenn man das sagt. Sondern die wirklich ohne Angst vor diesen berühmten Gutmenschenvorwurf das Bild einer Gesellschaft zeichnen, die gerade in solchen schweren Momenten enger zusammenrücken muss und nicht auseinanderdriftet. Eine Nebenbemerkung kann ich mir in Tübingen nicht verkneifen. Politisch findet man das in Tübingen ganz besonders nicht.

Im Gegenteil. Jetzt, gerade in diesem Moment wird in deutschen Landesinnenministerien schon auf Veranlassung von CDU/CSU, aber nicht nur von denen geprüft, wie es sich rechtlich durchsetzen lässt, dass Deutschen mit doppelter Staatsbürgerschaft der deutsche Pass entzogen wird, wenn sie bestimmte Straftaten begehen. Das heißt, dass demokratische Kräfte in diesem Land fordern, dass die Unterscheidung zwischen „echten“ und „nicht echten“ Deutschen offiziell gesetzt wird. Das bedeutet, dass - wenn das wirklich so gemacht wird - Menschen, die nicht deutscher Herkunft sind, niemals echte Deutsche sein können, und zwar egal, ob sie hier geboren sind oder nicht, wie lange sie hier schon leben, seit Generationen oder nicht. Sie sind für das gesamte Leben „Deutsche auf Bewährung“. Und auf diese Forderung haben weder Politik noch Medien ernsthaft reagiert. Weil Deutschland eben nun mal kein Einwanderungsland ist. Immer noch nicht. Faktisch ja, aber überhaupt nicht ideell.

46. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Eine echte Einwanderungsgesellschaft müsste ein anderes Land sein. Echte Chancengleichheit, echte Gleichberechtigung, ob zwischen den Geschlechtern, zwischen Minderheiten in der Mehrheitsgesellschaft, zwischen Arm und Reich, unter Kindern. So ein Land bräuchte andere politische Strukturen.

Politische Macht und Opportunität, wie wir das gerade auch live sehen, bei diesem ganzen Wahltheater, was gerade passiert, dürften nicht über Werten stehen. Und vor allem bräuchte es eine Mehrheitsgesellschaft, die ehrlich entscheidet, dass sie ein vielfältiges Land sein möchte. Und zwar mit allem, was dazugehört. Ein Land, in dem auch Menschen, die nicht akzentfrei Deutsch sprechen, selbstverständlich zum Ganzen gehören. Ein Land, in dem arbeitslose Menschen, egal ob deutscher oder nichtdeutscher Herkunft, selbstverständlich zum Menschen gehören. Ein Land, in dem es für ein Kind, das geboren wird, keinen Unterschied macht, wer seine Eltern sind. Und ein Land, in dem jedes Kind willkommen und geschätzt ist. In dem jeder Mensch Wert hat, und zwar egal, woher er stammt oder welche Wurzeln hat. Ein Land, in dem die Würde jedes Menschen nicht nur auf dem Papier unantastbar ist. Und es ist, glaube ich, die Mehrheitsgesellschaft, die sagen muss „Wir wollen das“. Und nicht nur „Wir schaffen das“. Weil sonst ihr Schweigen zu dem „Ihr gehört nicht dazu“, das auf vielen Ebenen passiert, genau diese Aussagen stützt.

Und solche Gegenerzählungen sind in Deutschland nicht zu finden, zumindest nicht in der Politik. Politik wird in allen Krisen derselbe Weg gegangen. Der Weg der Spaltung: Hier die Fleißigen, dort die Faulen, hier die Leistungsträger, dort die Schmarotzer, hier die echten Deutschen, dort die nicht echten Deutschen, hier die Woken, dort die Unwoken, hier die Leute, die gendern, dort die nichts ändern. Es ist völlig absurd, welche künstlichen Mauern durch Menschen hindurch gezogen werden. Ich bin nicht so optimistisch, aber ich glaube, es müsste eigentlich darum gehen, eine Gegenerzählung zu erschaffen, und zwar ganz unabhängig davon, welche Politik gemacht wird. Und zwar eine Erzählung der Einheit. Weil natürlich verbindet alle Menschen in Deutschland viel mehr, als sie trennt.

Ich war vor ein paar Wochen in Bologna, da gibt es einen Platz vor dem städtischen Theater und da ist so eine riesige Mauer. Und da ist ein einziges Graffiti drauf gesprüht. Und auf diesem Graffiti steht „Vogliamo una vita bella“. „Wir wollen ein schönes Leben“. Und da habe ich gedacht, als ich das erste Mal gesehen habe, das ist eigentlich ganz einfach ist. Und ich bin mir sicher, dass das für alle Menschen gilt, ob Ost oder West oder Mann oder Frau oder nonbinär, ob deutsch oder nicht, ob grün oder AfD. Natürlich gilt es für alle und ich glaube, das ist eigentlich eine Basis, von der man gut starten könnte, wenn man wollte.

Gilda Sahebi ist Journalistin, Autorin und Ärztin. Für adis e.V. hat sie den Podcast aufgenommen ([Podcast: Amplifying Voices – Folge 001 Gilda Sahebi – adis e.V.](#))

Gastkommentar von Astrid Messerschmid

Sprechen über Israel, den Nahostkonflikt und Antisemitismus in der deutschen Migrationsgesellschaft – ein Arbeitspapier

Die folgenden Überlegungen sind im November 2024 im Anschluss an eine Diskussion mit Studierenden der Erziehungswissenschaft an der Bergischen Universität Wuppertal entstanden und sollen Orientierungspunkte bieten. Es handelt sich um ein Arbeitspapier, das ergänzungsbedürftig bleibt.

Theoretische Rahmung

Die ideologische Struktur des Antisemitismus trägt dazu bei, dass Jüdinnen und Juden der dominanten Mehrheitsgesellschaft zugeordnet und ihre Diskriminierungserfahrungen nicht anerkannt werden. Dabei wird der Minderheitenstatus von Juden und Jüdinnen in der deutschen Gesellschaft und in Europa ignoriert, ebenso wie deren alltägliche und institutionelle Diskriminierungserfahrungen. In den schulischen und außerschulischen Bildungsinstitutionen kommen die Konflikte um die Erfahrungsfelder von Rassismus und Antisemitismus verstärkt zum Ausdruck, was auf aktuelle globale Konfliktlagen zurückzuführen ist. Mit einer Anknüpfung an die Forschungen zu institutionellem Rassismus werden produktive Verbindungen möglich. Denn die Frage, wie „institutionelle Verfahrensweisen das gesellschaftliche Verhältnis des Rassismus reproduzieren und absichern“ (Arnold/Karakayali 2024, S. 4) kann auch an das gesellschaftliche Verhältnis des Antisemitismus gestellt werden.

Antisemitismus transportiert die Aura des Verbots, das gar nicht ausgesprochen werden muss, um den Konsens der Distanzierung zu reproduzieren. Theodor W. Adorno (1977 [1962]) bezeichnete es als einen „wesentlichen Trick von Antisemiten heute: sich als Verfolgte darzustellen“ (ebd., S. 363); sich zu gebärden, als würde die öffentliche Meinung antisemitische Äußerungen unmöglich machen. Das Gerücht, das indirekte Adressieren, „die nicht ganz offen zutage liegende Meinung war von jeher das Medium, in dem soziale Unzufriedenheiten der verschiedensten Art, die in einer gesellschaftlichen Ordnung sich nicht ans Licht trauen, sich regen“ (ebd.). Die gegenwärtige Reserviertheit gegenüber der Demokratie und ihren Medien, wie sie in nationalpopulistischen Bewegungen geäußert wird, die sich als ‚das Volk‘ repräsentieren, basiert auf einer Selbststilisierung als Opfer einer übermächtigen Instanz, die angeblich Wahrheiten unterdrückt.

Sprachfähiger werden

Die Anregung zu den folgenden Eckpunkten verdanke ich mehreren Anfragen von Studierenden an mich. Geäußert wurden Verunsicherungen angesichts eines Diskurses von deutschen politischen Verantwortungsträger*innen, bei dem im Kontext des Gaza-Konfliktes stets einseitig die Unterstützung Israels betont wird. Einige der Studierenden assoziieren das mit Sprechverboten. Da ich die Behauptung derartiger Verbote selbst für eine Projektion halte, wollte ich Möglichkeiten für ein selbstreflexives kritisches Sprechen aufzeigen. Der demokratische gesellschaftliche Rahmen bietet viele Artikulationsmöglichkeiten, die es zu nutzen gilt.

Neben diesen behaupteten und empfundenen Begrenzungen des Sprechens an der Universität geht es um einen Mangel an öffentlicher Empathie mit den zivilen Opfern im Gaza-Streifen und um Möglichkeiten, diese Empathie einzufordern, ohne sich antiisraelisch zu äußern. Meistens sind es Studierende mit antimuslimischen Rassismuserfahrungen, die vor diesem Hintergrund Stigmatisierungen befürchten. Die öffentliche Solidarisierung mit Israel empfinden sie als dominanzgesellschaftliche Angelegenheit. Insgesamt nehme ich eine Gefühlslage unter den Studierenden wahr, die sich unabhängig von spezifischen eigenen Rassismuserfahrungen gegen die

46. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

staatstragenden Äußerungen aus deutschen Verbänden und von Parteien richtet. Sie positionieren sich aufgrund des Generationenwechsels distanzierter zu Israel, wollen aber dennoch nicht ignorant gegenüber der Verfolgungsgeschichte von Jüdinnen und Juden sein. Dies eröffnet Reflexionsräume, die selten gesehen und unterstützt werden. Einige Protestartikulationen an einigen deutschen Universitäten zeigen Akteur*innen, die wenig in der Lage sind, in Ambivalenzen zu denken und teilweise ausgeprägt israelfeindliche Äußerungen von sich geben. Medial sind diese Positionen sehr präsent, weil sie einfache Weltbilder vermitteln. Wer damit nicht übereinstimmen will, dem/der fehlt es oft an Argumenten, die der Komplexität der Verhältnisse eher entsprechen. Eine neuere Studie der Universität Konstanz zum studentischen Meinungsklima zeichnet ein differenziertes Bild (vgl. Hinz/Marczuk/Multrus 2024), das einen offeneren Diskursraum sichtbar macht.

Wie kann eine kritische Bildungsarbeit dazu beitragen, in den aktuellen Gewaltverhältnissen sprachfähiger zu werden? Dazu sollen die folgenden Eckpunkte beitragen.

- Rassismuskritisch über Antisemitismus sprechen – das Problem des gegenwärtigen Antisemitismus nicht als muslimisch oder migrantisch „importiert“ betrachten, sondern als Problem der ganzen Gesellschaft verstehen
- Antisemitismuskritisch über Rassismus sprechen – migrantische und muslimische Rassismuserfahrungen schließen Antisemitismus unter migrantischen und muslimischen Communities nicht aus.
- Juden und Jüdinnen nicht mit Israel gleichsetzen – jüdische Migrations- und Exilerfahrung berücksichtigen
- Das Existenzrecht Israels anerkennen und gleichzeitig die in Teilen rassistische Politik der aktuellen israelischen Regierung thematisieren
- Anwendung der *3D-Methode* nach Nathan Sharansky (2004): 3D test of Anti-Semitism: *Demonization, double standards, delegitimization*. In: *Jewish Political Studies Review* 16, 3-4.
- Die Multiperspektivität des Nahost-Konflikts anerkennen und darüber informiert sein
- Konkrete Kritik üben (bestimmte Negation), anstatt pauschale Verwerfung des ganzen Staatswesens (abstrakte Negation)
- Den Genozidbegriff nicht als Parole einsetzen – Begriff im Jahr 1944 von dem polnisch-jüdischen Juristen Raphael Lemkin geprägt. Für die Vereinten Nationen erarbeitete Lemkin die „Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes“ oder auch UN-Genozid-Konvention. Sie ist eine der ältesten UN-Menschenrechtsabkommen.
- Die Palästinenser*innen in Gaza nicht homogen betrachten, auch deren Proteste gegen die Hamas vor dem siebten Oktober 2023 berücksichtigen
- Die Israelis nicht homogen betrachten – Israel als multikulturelle Einwanderungsgesellschaft erkennen, zu der muslimische, jüdische und christliche Gruppen gehören
- Religion und Nation nicht zu Identitätskategorien machen
- Die Geschichte Israels vor dem Hintergrund der Shoah betrachten und den Wunsch vieler Juden und Jüdinnen auf der Welt nach einem sicheren Ort beachten
- Bildungsmaterialien außerschulischer Anbieter aufgreifen; bspw. von Ufuq.de, der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) oder der Bildungsstätte Anne Frank (Frankfurt/M.)

46. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

- Perspektivenwechsel fördern – palästinensische Erfahrungen und israelische Erfahrungen mit Krieg und Terror berücksichtigen
- Initiativen für Frieden und Verständigung in Israel vorstellen, bspw. Standing Together, Women Wage Peace, Hands of Peace, School for Peace, Combatants for Peace, die jüdisch-muslimische Schule in Be’er Sheva u.a.
- Initiativen gegen Antisemitismus und Rassismus in der deutschen Migrationsgesellschaft kontaktieren, wie bspw. die Amadeu Antonio Stiftung (Berlin), die Bildungsstätte Anne Frank (Frankfurt/M.), OFEK Fachberatungsstelle für von Antisemitismus Betroffene [OFEK e.V. – Beratungsstellen bei antisemitischer Gewalt und Diskriminierung https://ofek-beratung.de](https://ofek-beratung.de)

„Der israelbezogene Antisemitismus überträgt antisemitische Stereotype auf den Staat Israel, wie die Vorstellung, dass Israel ein bössartiger Staat sei, der nur Unheil über die Welt und die Palästinenser*innen bringen würde. Der israelbezogene Antisemitismus ist von der Kritik an der israelischen Regierungspolitik zu unterscheiden. Kritik an der israelischen Regierungspolitik ist genauso legitim wie Kritik an der australischen, marokkanischen oder saudi-arabischen Regierungspolitik. Aber auffällig ist: Nur das Wort „Israelkritik“ steht im Duden. Niemand spricht beispielsweise von „Slowenienkritik“. Zudem zeigt der Begriff bereits, dass die Kritik nicht auf konkretes Regierungshandeln zielt, sondern auf Israel als Ganzes.“ (Amadeu Antonio Stiftung, www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/09/israelbezogener-antisemitismus-faltblatt.pdf)

Quellen:

Adorno, Theodor W. (1977 [1962]): Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute. In: ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 20.1, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 360-383.

Arnold, Sina/Karakayali, Juliane (2024): **Ein Vorschlag zur Übertragung des Konzepts des „institutionellen Rassismus“ auf Antisemitismus.** In: *Rat für Migration – Debatte 2024: Für eine stärkere Verbindung von Rassismus- und Antisemitismusforschung*: www.rat-fuer-migration.de/2024/06/24/rfm-debatte-2024/ (Abruf: 11.12.2024)

Hinz, Thomas/Marczuk, Anna/Multrus, Frank (2024): Studentisches Meinungsklima zur Gewalteskalation in Israel und Gaza und Antisemitismus an deutschen Hochschulen. Working Paper Nr. 16, Cluster of Excellence “The Politics of Inequality”, Universität Konstanz. www.econstor.eu/bitstream/10419/287736/1/1883444489.pdf (11.12.2024)

Inhaltsverzeichnis

Kampagnen/Aufrufe/Statements	11
Das Recht auf Bewegungsfreiheit verteidigen	11
Kampagne für ein LADG in Baden-Württemberg.....	11
“Menschenwürde verteidigen“: Zivilgesellschaftliche Kampagne fordert AfD-Verbot.....	12
Rechtsexperten unterstützen Initiative für AfD-Verbot	12
Interview: AfD-Verbot – Drei Fragen an Ronen Steinke	12
Resolution “Migration menschenwürdig und gerecht gestalten“	12
Forderungspapier zur aktuellen Situation und notwendigen Weiterfinanzierung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan (BAP).....	13
EU-Richtlinie als Fortschritt – AGG-Reform nötig	13
Tagungen / Veranstaltungen	14
Solidarische Praxis gegen Bezahlkarte	14
Die AfD verbieten? Erwägungen aus antirassistischer Sicht	14
“In Gesellschaft“: Rassismen im Wandel	15
“Antisemitismuskritik und Rassismuskritik verbinden – fachliche Unterstützung für die Bildungsarbeit“	15
Let’s connect: Rassismuskritik, Antisemitismuskritik, Empowerment.....	15
Materialien.....	17
Neue deutsche Medienmacher*innen e.V. (Hrsg.): Feindbild Migration-Falschinformationen, die unsere Einwanderungsgesellschaft bedrohen	17
Eine Welt NRW (Hrsg): Kolonialismus in der Bildungsarbeit.....	17
Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales (Hrsg): Gegen Antisemitismus und Rassismus: klare Haltung, starke Stimme	17
Mediendienst Integration: Rassismus in der Polizei?	18
„Wege zu einer kolonialkritischen Stadt – 9 Bausteine für eine inklusive und plurale Erinnerungskultur“	18
Projekt „Identitäten ver_lernen“ – Vielheit verhandeln“: Sichtweisen	18
DGB-Index: In welchen Jobs arbeiten Migrant*innen und unter welchen Bedingungen?	19
Albert Scherr (Hrsg): Jordanien: Einblicke und Analysen zur Situation von Geflüchteten in einem Partnerland der deutschen Flüchtlingspolitik und Entwicklungszusammenarbeit.....	19
“Rechtsmobilisierung in prekären Lebenslagen: (Rechts-)Beratungsstellen als Voraussetzung rechtsstaatlicher Verhältnisse“	20
Meldungen	21
Studie: Deutschland braucht Einwanderung – und diskriminiert	21
EU-Studie: Zwei Drittel der Muslime in Deutschland erleben Diskriminierung	21
Studie entlarvt Lüge zur Einführung von Bezahlkarten.....	21
Berlin: Ombudsstelle kritisiert Bargeldbegrenzung bei Bezahlkarte.....	22
Thüringer Aktion will Bezahlkarte für Geflüchtete aushebeln	22
Bezahlkarte: Initiative hilft Geflüchteten wieder an Bargeld zu kommen	22
Diskriminierung an deutschen Hochschulen kein Einzelfall.....	22

46. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Doku zum Feuertod des Asylbewerbers Jalloh in einer Polizeizelle	23
Drama im Mittelmeer: Seenotretter bergen hunderte Geflüchtete	23
Verbrechen im Mittelmeer: Maskierte zwingen Geflüchtete von Bord	23
Bundesamt: Jeder zweite Jugendliche in Obhut ist ein Geflüchteter	23
Verwaltungsgerichtshof: Nürnberg muss Allianz gegen rechts verlassen	24
RIAS-Jahresbericht: Höchste Zahl antisemitischer Vorfälle in Berlin	24
zusammen_denken geht weiter	24
Stellenanzeigen	26

Kampagnen/Aufrufe/Statements

Das Recht auf Bewegungsfreiheit verteidigen

Online-Mitschnitt zur Veranstaltung der medico Gruppe Tübingen und des Netzwerks rassismuskritische Migrationspädagogik vom 12.11.2024

Unser Netzwerk hat gemeinsam mit der medico Gruppe Tübingen und medico international eine Benefiz- und Protestveranstaltung zur Debatte um Migration und die Kriminalisierung der Fluchthilfe in West- und Nordafrika durchgeführt.

Ziel war, den Fonds für Bewegungsfreiheit bekannt zu machen und damit konkrete Hilfe für die von Kriminalisierung Betroffenen zu organisieren. Das Recht auf Bewegungsfreiheit ist ein wesentlicher Bestandteil der Verteidigung der demokratischen Gesellschaft.

Mit Beiträgen

... von **Gilda Sahebi** und **Christian Jakob**, die darüber sprechen, wie der aktuelle Rechtsruck innen- und außenpolitischen Folgen eine emanzipatorische Politik verhindert.

... **Moctar Dan Yayé** vom medico-Partner Alarme Phone Sahara (Niger), der über die Kriminalisierung von Fahrer*innen, die die Sahara durchqueren, berichtet.

... **Emmanuel Mbolela**, der als Aktivist in Rabat (Marokko) ein Rasthaus für Frauen auf der Flucht aufgebaut hat.

... **Valeria Hänsel** und **Leonie Jantzer**, die als Referentinnen für Flucht und Migration bei medico international über den Fonds für Bewegungsfreiheit sprechen.

... und Musik.

Weitere Infos

[Das Recht auf Bewegungsfreiheit verteidigen - Veranstaltung - 12.11.2024- medico international](#)

Zum Mitschnitt der Veranstaltung

https://www.youtube.com/watch?v=LwO_k2LV4jY

Kampagne für ein LADG in Baden-Württemberg

Faktencheck des Bündnisses für ein LADG

In den nächsten Wochen entscheidet sich vermutlich, ob das LADG in Baden-Württemberg noch kommt, oder nicht. Die bisherigen Bemühungen, unsere zivilgesellschaftliche Position in die Debatte einzubringen, sind leider ins Leere gelaufen. Aber wir geben nicht auf und haben die Argumente in einen Faktencheck zusammengestellt, der das Hauptargument gegen das Gesetz, es würde zu mehr Bürokratie führen, entkräftet.

In dem Faktencheck sind Beiträge einer **Online-Veranstaltung „Rettet das LADG“** vom 17.10.2024 verarbeitet, zu der wir Vertreter*innen der Berliner Senatsverwaltung und der Antidiskriminierungsstelle des Bundes eingeladen hatten, um vor dem Hinterrund von vier Jahren LADG in Berlin die bestehenden Vorwürfe zu prüfen.

Der Faktencheck, sowie die Mitschnitte der Online-Veranstaltung am 17.10. sowie des ähnlich besetzten Pressegespräches am 18.10.2024 stehen auf der Website des Bündnisses.

Zum Download

www.ladg.jetzt

“Menschenwürde verteidigen“: Zivilgesellschaftliche Kampagne fordert AfD-Verbot

Appell von zivilgesellschaftlichen Organisationen im migazin vom 02.12.2024

„Zeigt Haltung: AfD-Verbot jetzt!“: Ein Appell aus der Zivilgesellschaft fordert den Bundestag auf, schnell ein AfD-Verbotsverfahren einzuleiten. Die Partei sei eine Gefahr für die Demokratie, betonen verschiedene Verbände und Initiativen.

Zum vollständigen Appell

www.migazin.de/2024/12/02/zivilgesellschaftliche-kampagne-fordert-afd-verbot/

Rechtsexperten unterstützen Initiative für AfD-Verbot

Artikel im migazin vom 28.11.2024

Mehr als 100 Abgeordnete unterschiedlicher Parteien trommeln im Bundestag für eine Mehrheit für ein AfD-Verbotsverfahren. Eine Gruppe Verfassungsrechtler verschiedener Hochschulen unterstützt das.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/11/28/rechtsexperten-unterstuetzen-initiative-fuer-afd-verbot/

Interview: AfD-Verbot – Drei Fragen an Ronen Steinke

Die Debatte um ein AfD-Verbot reißt nicht ab. Zuletzt setzten sich 17 Jura-Professor*innen in einer Stellungnahme an den Bundestag für ein Verbot ein – Kanzler Scholz hingegen ist weiterhin dagegen. Ronen Steinke ist Jurist, rechtspolitischer Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ und Mitbegründer der Initiative „Recht gegen rechts“. Im Interview mit der Bildungsstätte erklärt er den aktuellen Stand und die Chancen eines Verbotsantrags.

Zum Beitrag auf Instagram:

https://www.instagram.com/p/DDMG_rgsWb/?img_index=1

Resolution “Migration menschenwürdig und gerecht gestalten“

Evangelische Kirche in Hessen verabschiedet Resolution

Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau positioniert sich parteilich auf Seiten der Geflüchteten: Sie hat heute auf ihrer [Synode](#) eine Resolution "Migration menschenwürdig und gerecht gestalten" verabschiedet, mit der sie eine Rückkehr zu einer menschenrechts-orientierten Migrations- und Flüchtlingspolitik fordert und zu einer Verteidigung der bestehenden Standards aufruft: "Die historischen Errungenschaften der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention dürfen nicht zur Disposition gestellt werden." Neben der inhaltlichen Positionierung hat sie insbesondere auch den Flüchtlingsfonds, mit dem unabhängige Beratung und Flüchtlingsarbeit finanziert wird, um weitere 3,4 Mio € aufgestockt und somit nicht nur

46. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

den Fortbestand der unabhängigen Flüchtlingsarbeit im Bereich der EKHN bis 2030 gesichert, sondern auch die Unterstützung in Kirchenasyl-Fällen.

Zur Resolution

www.kirchenrecht-ekhn.de/synodalds/57101.pdf

Forderungspapier zur aktuellen Situation und notwendigen Weiterfinanzierung des Bundesaufnahmeprogramms Afghanistan (BAP)

Gemeinsames Statement anlässlich 2 Jahre Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan

Organisationen fordern: Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan weiterführen! „Haushaltskollateralschaden“ vermeiden und der humanitären und menschenrechtlichen Verantwortung gerecht werden! Das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan (BAP) sollte besonders gefährdeten Afghan*innen Schutz in Deutschland über einen geregelten Zufluchtsweg ermöglichen. Mit dem Programm verpflichtete sich die Bundesregierung zu ihrer humanitären Verantwortung gegenüber der afghanischen Zivilbevölkerung nach dem ungeordneten Abzug 2021. Genau zwei Jahre nach dem Beginn droht jedoch das vorzeitige Aus. Im Haushaltsentwurf für 2025 sind im Budget des Bundesinnenministeriums keine Mittel mehr für das BAP vorgesehen. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Verbände, darunter auch mehrere Organisationen aus Baden-Württemberg, fordern die Weiterführung und Weiterfinanzierung des BAP gemäß den Vereinbarungen des Koalitionsvertrags der Ampelregierung – denn ein vorzeitiges Ende hätte fatale und nicht verantwortbare Konsequenzen für die Betroffenen.

Zum Statement

https://menschen-rechte-tue.org/files/Dokumente/save%20our%20families/2024-10-17_Forderungspapier_BAP.pdf

EU-Richtlinie als Fortschritt – AGG-Reform nötig

Pressemitteilung

Der Dachverband der Antidiskriminierungsberatungsstellen (advd) begrüßt die Umsetzung der EU-Richtlinie für Gleichbehandlungsstellen, mahnt jedoch eine umfassende Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) an. Die fehlende Finanzierung des Projekts „respekt*land“ und das Fehlen notwendiger Befugnisse schwächen die Antidiskriminierungsstelle. Der advd fordert einen klaren Reformplan inklusive einer Verlängerung der Fristen für Ansprüche auf 12 Monate und eine stärkere finanzielle Ausstattung der Beratungsstrukturen, um den Diskriminierungsschutz wirksam zu stärken.

Zur Pressemitteilung

www.antidiskriminierung.org/pressemitteilungen/umsetzung-der-eu-standardrichtlinien

Quelle: IDA Infomail 05/2024, www.idaev.de

Tagungen / Veranstaltungen

Solidarische Praxis gegen Bezahlkarte

Infoveranstaltung, 16. Dezember 2024, 18:30h, online

Seit Juni gibt es in München sechs Wechselstuben, bei denen solidarische Einzelpersonen mit betroffenen Geflüchteten Bargeld gegen Einkaufsgutscheine tauschen. Die Kampagne „Offen! Für eine solidarische Gesellschaft“ gibt ihr Wissen weiter, wie die Aktion aufgezo- gen wurde und was es zu beachten gibt. Es werden Fragen zur Umsetzung beantwortet und von Erfahrungen berichtet. Die Organisator*innen der Kampagne stellen mehrsprachiges Material für die Eröffnung eigener Wechselstuben zur Verfügung. Der Kartentausch ist eine Aktion von "Offen! Für eine solidarische Gesellschaft". Dies ist eine breite Kampagne mit Beteiligten aus sozialen Verbänden, Einrichtungen, Beratungsstellen, Gewerkschaften, politischen Gruppen, Wohnprojekten, Asylhelfer*innenkreisen, Kulturschaffenden, Jurist*innen, Jugendorganisationen, migrantischen Organisationen, antifaschistischen Treffen, kirchlichen Institutionen und vielen mehr.

Anmeldung

info@offen-muenchen.de

Einen guten Podcast zum Thema gibt es hier: <https://podcast.dissenspodcast.de/b25-bezahlkarte>

Quelle: www.kritnet.org

Die AfD verbieten? Erwägungen aus antirassistischer Sicht

Info-Veranstaltung, 19. Dezember 2024, 18-20h, online

Bei den Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen erhielt die AfD jeweils mehr als 30 Prozent der Stimmen; in Thüringen wurde sie stärkste Partei. Bundesweit liegen ihre Umfragewerte nahe 20 Prozent. Ihre rassistische Hetze beeinflusst staatliche Politik, von den Kommunen bis zur Europaebene. Doch der Aufstieg der AfD bleibt nicht unwidersprochen. Im Sommer 2024 hat sich ein zivilgesellschaftliches Bündnis, dem auch der *Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein* (RAV) und der *Postmigrantische Jurist*innenbund* (PMJB) angehören, dazu entschieden, für das Verbot der AfD öffentlich einzutreten: <https://afd-verbot.jetzt/de>

Der Wunsch, die AfD und die Umsetzung ihrer völkisch-rassistischen Vorstellungen und Deportationspläne durch ein Verbot zu stoppen, ist gerade aus antirassistischer Perspektive nachvollziehbar. Gleichzeitig gibt es auch aus antirassistischer Sicht Kritik an der Verbotsforderung: Rassismus und autoritäre Tendenzen würden durch ein AfD-Verbot nicht überwunden. Ein Verbotsverfahren könnte gar als Nebelkerze wirken: Die Parteien der >Mitte< müssten nichts an ihrer autoritär-neoliberalen und rassistischen Politik ändern.

Die Veranstalter*innen knüpfen an eine erste Veranstaltung an, die am 1.10. stattgefunden hat. Während dieser zweiten Veranstaltung wird Cengiz Barskanmaz (Hochschule Fulda) die Verbotsforderung rassismuskritisch und verfassungsrechtlich würdigen und darlegen, warum aus seiner Sicht das Verbot der AfD nicht zielführend sein kann. Berkan Kaya vom *Postmigrantischen Jurist*innenbund* (PMJB) erläutert, warum der PMJB gerade aus antirassistischer Sicht die Forderung richtig und wichtig findet.

Meeting-Infos

<https://eu01web.zoom.us/j/64589330197> - Kenncode: 228069

“In Gesellschaft”: Rassismen im Wandel

Online- Gesprächsreihe des ZFM an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

Mit der Reihe "In Gesellschaft" bietet das ZFM Gelegenheit zum Austausch mit namhaften Persönlichkeiten, diskutiert mit ihnen in Gesellschaft einer interessierten Öffentlichkeit und bringt nicht zuletzt das wissenschaftliche Interesse des ZFM zum Ausdruck: einen an Flucht und Migration orientierten, analytischen Blick in die Gesellschaft zu werfen. Kriege, Klimakatastrophen, Wirtschafts- und Infrastrukturkrisen und anwachsende rechte Bewegungen prägen die Nachrichtenlage. Während sich globale und lokale soziale Ungleichheiten verschärfen, wandeln sich die Konstruktionen über die "Anderen". Das Zentrum Flucht und Migration verbindet im Wintersemester 2024/25 hochaktuelle Fragen mit einer rassismustheoretischen Perspektive. Auch ohne von "Rassen" zu sprechen, wird in Prozessen der "Rassialisierung" angebliches Wissen über angenommen feststehende, unveränderliche Eigenschaften hervorgebracht. Diese werden etwa mit Kultur, Religion oder geographischer Herkunft begründet. In diesem Sinne ist eher von Rassismen im Plural zu sprechen als von einem einheitlichen Rassismus. Für die öffentliche Gesprächsreihe „In Gesellschaft“ konnten international namhafte Vortragende gewonnen werden, die Einblick in ihre Forschung zu aktuellen Rassismen geben und diese mit dem Publikum diskutieren.

Alle weiteren Informationen und die Termine

www.ku.de/forschung/forschungsinfrastruktur/forschende-institutionen/zentrum-flucht-und-migration/bildung-und-coaching/reihe-in-gesellschaft

“Antisemitismuskritik und Rassismuskritik verbinden – fachliche Unterstützung für die Bildungsarbeit”

IDA-Training, 31. Januar & 01. Februar 2025, online

Die Ereignisse seit dem Angriff der terroristischen Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und ihre Folgen haben eindringlich vor Augen geführt, dass auch in Umfeldern, die sich als demokratisch und rassismuskritisch verstehen, Juden:Jüdinnen sich nicht sicher fühlen können. Gleichzeitig haben sich Muslim:innen oder Menschen, die dafür gehalten werden, vermehrt pauschalen Vorwürfen von Antisemitismus ausgesetzt gesehen. Das enge Zusammenwirken von Antisemitismus und Rassismus macht ein Zusammendenken nötig – gerade in der Bildungsarbeit mit jungen Menschen. Vom 31. Januar bis 01. Februar findet deshalb das digitale IDA-Training mit dem Thema „Antisemitismuskritik und Rassismuskritik verbinden – fachliche Unterstützung für die Bildungsarbeit“ statt. Die Veranstaltung baut auf einem umfangreichen Kurskonzept auf, das IDA für den Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) mit Fokus auf die Jugend(verbands)arbeit erarbeitet hat.

Alle weiteren Informationen

www.idaev.de/aktuelles/veranstaltungen/anmeldung?tx_sfeventmgt_pieventregistration%5Baction%5D=registration&tx_sfeventmgt_pieventregistration%5Bcontroller%5D=Event&tx_sfeventmgt_pieventregistration%5Bevent%5D=32&cHash=adcb68458d2590582eb66ff3796c906e

Let's connect: Rassismuskritik, Antisemitismuskritik, Empowerment

4-modulige Fortbildung, Februar bis August 2025, Lidice-Haus Bremen

Wie kann ich Menschen in meiner Einrichtung, die Rassismus und/oder Antisemitismus erfahren, am besten unterstützen?

46. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Was bedeuten Antisemitismus und Rassismus überhaupt? Wie hängen sie zusammen, wie unterscheiden sie sich? Inwiefern hängen sie auch mit sozialen Ungleichheiten im Kapitalismus zusammen?

Wie können wir uns als Betroffene von Rassismus, Antisemitismus und rechter Gewalt gegenseitig unterstützen und empowern?

Was tue ich, wenn ich die Rückmeldung bekomme, dass ich mich (unbewusst) rassistisch oder antisemitisch geäußert habe?

Wie lassen sich institutioneller Rassismus und Antisemitismus am Arbeitsplatz nachhaltig abbauen?

Dies sind einige der zentralen Fragen, denen wir uns widmen werden. In allen Modulen behandeln wir sowohl Grundlagen als auch aktuelle gesellschaftliche Debatten. Eine wichtige Rolle spielt das Reflektieren eigener Bezüge und Emotionen zu Rassismus und Antisemitismus.

Weitere Informationen

<https://fobi.jugendinfo.de/articles/361166>

Kontakt

Tobias Linnemann

Bildungswerkstatt Migration & Gesellschaft

Bremen, Berlin

www.bildungswerkstatt-migration.org

Materialien

Neue deutsche Medienmacher*innen e.V. (Hrsg.): Feindbild Migration-Falschinformationen, die unsere Einwanderungsgesellschaft bedrohen

Broschüre

Fachinformation Die Broschüre setzt sich mit gängigen Fehl- und Desinformationen rund um das Thema Migration auseinander. Dabei werden zehn migrationsfeindliche Narrative untersucht, die im Internet falsch verbreitet werden und auf Falschinformationen basieren. Die Narrative sind drei Schwerpunkten zugeordnet, die dadurch die Feindbilder Migrant*innen, Medien und Regierungsparteien genauer untersuchen. Dabei stellt sie Argumentationsmustern Gegenargumentationen gegenüber.

Zum Download

www.vielfalt-mediathek.de/material/flucht-und-asyl/feindbild-migration-falschinformationen-die-unsere-einwanderungsgesellschaft-bedrohen

Eine Welt NRW (Hrsg): Kolonialismus in der Bildungsarbeit

Hilfestellungen und Materialien

Die Publikation des Landesnetzwerks Eine Welt Nordrhein-Westfalen bietet Unterrichtsmaterialien und praxisnahe Hilfestellungen zum Thema Kolonialismus, geeignet für Schüler ab der 9. Jahrgangsstufe und die Erwachsenenbildung. Sie unterstützt Lehrkräfte darin, das komplexe Thema Kolonialismus didaktisch ansprechend und kritisch zu vermitteln.

Weitere Informationen

www.globaleslernen.de/de/bildungsangebote/kolonialismus-der-bildungsarbeit-anregungen-fuer-den-umgang-mit-einem-komplexen-thema

Hessisches Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales (Hrsg): Gegen Antisemitismus und Rassismus: klare Haltung, starke Stimme

Broschüre

Antisemitismus, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind nicht nur ein Problem für die Betroffenen, für deren Sicherheitsempfinden oder Zugehörigkeitsgefühl, sie gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt insgesamt. Vor diesem Hintergrund haben das Hessische Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales und die Bildungsstätte Anne Frank e. V. im Rahmen ihres Integrationsvertrags die Broschüre „Gegen Antisemitismus und Rassismus: klare Haltung, starke Stimme: Informationen, Perspektiven und Handlungsansätze zu Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierungen“ entwickelt.

„Rassismus und Antisemitismus sind eine Gefahr für unsere Demokratie. Wir dürfen nicht akzeptieren, dass Diskriminierung für Menschen unseres Landes Teil ihres Alltags ist. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, dem entschieden entgegenzutreten“, sagt Sozial- und Integrationsministerin Heike Hofmann. „Mit der Broschüre, die unser Haus zusammen mit der Bildungsstätte Anne Frank nun vorlegt, wollen wir Wissen vermitteln

46. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

und Menschen ermutigen, sich selbstkritisch mit Rassismus und Antisemitismus auseinanderzusetzen und couragiert zu handeln.“

Zum Download

www.bs-anne-frank.de/fileadmin/content/Publikationen/Broschüren/broschuere_gegen_antisemitismus_bf.pdf

Mediendienst Integration: Rassismus in der Polizei?

Forschung

Astrid Jacobsen und Jens Bergmann von der Polizeiakademie Niedersachsen haben die Polizei Niedersachsen in ihrer täglichen Arbeit begleitet und untersucht, in welchen Bereichen das Risiko rassistischer Diskriminierung besteht. Ihre Forschung zeigt, dass bestimmte Arbeitsprozesse wie anlasslose Kontrollen und Observationen Diskriminierung begünstigen können. Die Ursache liegt nicht in persönlichen Einstellungen, sondern in strukturellen Abläufen innerhalb des polizeilichen Arbeitsalltags. Weiterführende Informationen finden sich unter tinyurl.com/2ehfhm7w.

Weitere Informationen

<https://mediendienst-integration.de/artikel/rassismus-in-der-polizei-1.html>

„Wege zu einer kolonialkritischen Stadt – 9 Bausteine für eine inklusive und plurale Erinnerungskultur“

Impulspapier

Im Impulspapier „Wege zu einer kolonialkritischen Stadt – 9 Bausteine für eine inklusive und plurale Erinnerungskultur“ reflektieren die Kooperationspartner*innen des Stadtlabors über ihre Erfahrungen und legen eine Bestandsaufnahme der städtischen und universitären Aufarbeitung des kolonialen Erbes vor. In 9 Bausteinen zeigen sie methodische Wege auf, wie einer inklusiven, die verschiedenen Erfahrungen miteinschließenden kolonialkritischen Erinnerungskultur in Stadt und Universität ein Schritt näher gekommen werden kann.

Mehr über einzelne Projekte, Veranstaltungen, Videos und Podcasts des Stadtlabors

<https://www.stadtlabor.uni-goettingen.de>

Projekt „Identitäten ver_lernen“ – Vielheit verhandeln“: Sichtweisen

E-Magazin

Der Begriff Identitätspolitik ist zu einem Kampfbegriff geworden – dabei könnte er auch dafür stehen, den Blick auf die Bedürfnisse marginalisierter Gruppen zu richten und diese im eigenen Handeln zu berücksichtigen. Denn in diversen Gesellschaften gibt es vielfältige Identitäten, und nur wenn wir Perspektiven kennenlernen, die von unserer eigenen abweichen, können wir gemeinsam eine gerechtere Gesellschaft gestalten.

Hier setzt das Projekt „**Identitäten ver_lernen – Vielheit verhandeln**“ der Bildungsstätte Anne Frank an, im Zuge dessen das [E-Magazin „Sichtweisen“](#) entstanden ist. Darin wird Fragen nach Identität und Solidarität in zwölf Beiträgen auf vielfältige Weise nachgegangen – in Form von **Essays, TikTok-Videos oder Audiobeiträgen**. Vertreten sind etwa die Autorin Shida Bazyar, die Aktivist*innen

46. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

Gianni Jovanovic, Rosa Jellinek, Hami Nguyen und Hanna Veiler, der HipHop.de-Herausgeber Tobias Kargoll, die Musikerin Maryam.fyi, die Gründerin des „Magazin of Color“ Pia Ihedioha und weitere.

Zum Magazin

<https://sichtweisen.bs-anne-frank.de>

Weitere Informationen zum Projekt

www.bs-anne-frank.de/ueber-uns/projekte/identitaeten-ver-lernen

Quelle: Bildungsstätte Anne Frank, www.bs-anne-frank.de

DGB-Index: In welchen Jobs arbeiten Migrant*innen und unter welchen Bedingungen?

Studie

die DGB-Gewerkschaften arbeiten daran, der populistischen und zum Teil offen rassistisch geführten Migrations- und Sicherheitsdebatte konkrete Fakten und Zahlen entgegenzusetzen.

Seit einiger Zeit werden dabei auch eigene Auswertungen vorgenommen. Ein wichtiger Meilenstein ist dabei die Weiterentwicklung des DGB-Index Gute Arbeit. Bei der jährlichen Repräsentativbefragung wird seit zwei Jahren auch der Migrationshintergrund abgefragt.

Die Ergebnisse einer ersten Sonderauswertung zu den Arbeitsbedingungen von Beschäftigten mit Migrationshintergrund zeigen deutlichen Handlungsbedarf: Der Vergleich prekärer und atypischer Beschäftigungsmerkmale bei Arbeitnehmer*innen mit und ohne Migrationshintergrund verdeutlicht, dass „Einfacharbeit“, unsichere Beschäftigungsverhältnisse, belastende Arbeitszeiten und unzureichende Einkommen in der Gruppe mit Migrationshintergrund häufiger auftreten als bei Beschäftigten ohne Migrationsgeschichte.

Zur Studie

<https://arbeitsmarkt-und-sozialpolitik.verdi.de/ueber-uns/nachrichten/++co++86949384-6c33-11ef-b893-73ef7687a522>

Albert Scherr (Hrsg): Jordanien: Einblicke und Analysen zur Situation von Geflüchteten in einem Partnerland der deutschen Flüchtlingspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Sachbuch

Jordanien wird in Deutschland vor allem als touristisch interessantes Reiseland wahrgenommen. Dass enge politische und wirtschaftliche Beziehungen bestehen und Jordanien ein Aufnahmeland für Flüchtlinge ist, deren Weiterwanderung nach Europa verhindert werden soll, wird bislang kaum diskutiert. Der Band zielt darauf, Grundlagen für eine kritische Betrachtung der prekären Situation von Flüchtlingen in Jordanien bereitzustellen und die engen Verstrickungen der deutschen und europäischen Politik in die Aufrechterhaltung dieser Situation aufzuzeigen. Dargestellt werden zum einen Ergebnisse umfassender Feldforschungen des Herausgebers vor Ort. Zum anderen ermöglichen die Beiträge internationaler Expert*innen vertiefende Einblicke in die deutsch-jordanischen Beziehungen, die Lebensbedingungen von Flüchtlingen sowie zu den politischen, ökonomischen und rechtlichen Hintergründen. Aufgezeigt werden auch die Herausforderungen, mit denen Projekte der Sozialen Arbeit für Flüchtlinge konfrontiert sind.

Zur Bestellmöglichkeit

www.beltz.de/fachmedien/sozialpaedagogik_soziale_arbeit/produkte/details/55263-jordanien-einblicke-und-analysen-zur-situation-von-gefluechteten-in-einem-partnerland-der-deutschen-fluechtlingspolitik-und-entwicklungszusammenarbeit.html

Albert Scherr (Hrsg.)

Jordanien: Einblicke und Analysen zur Situation von Geflüchteten in einem Partnerland der deutschen Flüchtlingspolitik und Entwicklungszusammenarbeit

Reihe: Gesellschaftsforschung und Kritik 2025,

Beltz Juventa, 234 Seiten broschiert,

€ 34,00 ISBN 978-3-7799-8847-2

“Rechtsmobilisierung in prekären Lebenslagen:
(Rechts-)Beratungsstellen als Voraussetzung
rechtsstaatlicher Verhältnisse”

Artikel von Nikolai Huke in der Zeitschrift Kritische Justiz

"Die Debatte um den Bundeshaushalt 2024 warf ein Schlaglicht auf die prekäre Situation von (Rechts-)Beratungsstellen im Bereich Migration und Integration. Die Bundesregierung kündigte 2023 an, das Budget für Migrations- und Asylverfahrensberatung radikal zu kürzen. Nach Protesten von Wohlfahrtsverbänden wurden die Kürzungen abgeschwächt: In der Migrationsberatung wurden 4 Millionen statt 24 Millionen Euro gekürzt, die Mittel für die Asylverfahrensberatung wurden de facto um 15 Millionen Euro gegenüber 2024 reduziert. Bereits vor den Kürzungen stellten Wohlfahrtsverbände und Beratungsstellen fest, dass die Mittel nicht ausreichten, um flächendeckend Beratungsangebote aufrecht zu erhalten. Folge sind Unterversorgungslagen sowie eingeschränkte Angebote und Leistungen für Ratsuchende.

Zum Artikel

www.nomos-elibrary.de/10.5771/0023-4834-2024-3/kj-kritische-justiz-jahrgang-57-2024-heft-3

Meldungen

Diskriminierung

Studie: Deutschland braucht Einwanderung – und diskriminiert

Artikel im migazin vom 26.11.2024

Deutschlands Arbeitsmarkt braucht laut einer Studie viel mehr Einwanderung als bisher. Es geht um Kräfte im sechsstelligen Bereich. Barrieren müssten weg – dazu gehört auch Diskriminierung in Top-Jobs.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/11/26/deutschland-braucht-einwanderung-und-diskriminiert/

Quelle: www.migazin.de

EU-Studie: Zwei Drittel der Muslime in Deutschland erleben Diskriminierung

Artikel im migazin vom 27.10.2024

Einer EU-Studie zufolge hat die Diskriminierung von Muslimen seit 2016 EU-weit stark zugenommen. Dabei wurde die Befragung sogar noch vor dem 7. Oktober durchgeführt. Seitdem gebe es sogar einen Höchststand des Hasses gegen Muslime.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/10/27/eu-studie-zwei-drittel-muslime-deutschland-diskriminierung/

Quelle: www.migazin.de

Asyl

Studie entlarvt Lüge zur Einführung von Bezahlkarten

Artikel im migazin vom 04.12.2024

Mit der Bezahlkarte, so gaben Politiker vor, wolle man Auslandsüberweisungen „in großem Stil“ verhindern. Wie eine Studie jetzt zeigt, überweisen nur ganz wenige Geflüchtete Geld in die Heimat – um ihre Familien zu unterstützen, ein entwicklungspolitisch wichtiges Instrument.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/12/04/studie-entlarvt-luege-zur-einfuehrung-von-bezahlkarten/

Quelle: www.migazin.de

Berlin: Ombudsstelle kritisiert Bargeldbegrenzung bei Bezahlkarte

Artikel im migazin vom 21.11.2024

Die Bezahlkarte für Asylbewerber ist in Berlin umstritten. Nun hat die Ombudsstelle für Diskriminierungsfragen Stellung genommen. Sie sieht die Bargeldbegrenzung kritisch – und rechtswidrig.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/11/21/berlin-ombudsstelle-kritisiert-bargeldbegrenzung-bei-bezahlkarte/

Quelle: www.migazin.de

Thüringer Aktion will Bezahlkarte für Geflüchtete aushebeln

Artikel im migazin vom 18.11.2024

In Thüringen bekommen Geflüchtete inzwischen fast überall den Großteil ihrer Leistungen auf eine Bezahlkarte überwiesen. Das System ist umstritten. Jetzt wird es umgangen – mit einem Kniff.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/11/18/diskriminierend-thueringer-aktion-bezahlkarte-gefluechtete-aushebeln/

Quelle: www.migazin.de

Bezahlkarte: Initiative hilft Geflüchteten wieder an Bargeld zu kommen

Artikel im migazin vom 04.11.2024

Mit der Bezahlkarte für Asylbewerber will Hamburg Auszahlungen in bar beschränken – eine äußerst umstrittene Praxis. Jetzt sorgt eine Initiative dafür, dass Betroffene wieder an mehr Bargeld kommen. Die Sozialbehörde findet das nicht richtig.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/11/04/bezahlkarte-initiative-hilft-gefluechteten-wieder-an-bargeld-zu-kommen/

Quelle: www.migazin.de

Diskriminierung an deutschen Hochschulen kein Einzelfall

Artikel im migazin vom 03.12.2024

Der Fall des von der Berliner Akkon-Hochschule für Humanwissenschaften entlassenen Prof. Dr. Kenan Engin zieht weite Kreise. Es zeigt sich immer mehr: Es gibt viele Betroffene und nur wenige, die darüber sprechen.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/12/03/der-fall-prof-dr-kenan-engin-diskriminierung-deutschen-hochschulen-einzelfall/

Quelle: www.migazin.de

Doku zum Feuertod des Asylbewerbers Jalloh in einer Polizeizelle

Artikel im migazin vom 26.11.2024

Ein Schwarzer Asylbewerber stirbt in Obhut der Polizei. Fragen nach dem wie und warum sind auch 20 Jahre später nicht aufgeklärt. Der Tod von Oury Jalloh wird nun in einer aufwendigen Dokumentation beleuchtet.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/11/26/sechsteilige-doku-feuertod-asylbewerbers-oury-polizeizelle/

Quelle: www.migazin.de

Drama im Mittelmeer: Seenotretter bergen hunderte Geflüchtete

Artikel im migazin vom 02.12.2024

Während Europa Maßnahmen zur weiteren Abschottung seiner Grenzen umsetzt, spielen sich im Mittelmeer und in der Ägäis fast täglich dramatische Szenen ab. Seenotretter eilen Geflüchteten zur Hilfe. Manchmal kommt jede Hilfe zu spät.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/12/01/drama-im-mittelmeer-seenotretter-bergen-hunderte-gefluechtete/

Quelle: www.migazin.de

Verbrechen im Mittelmeer: Maskierte zwingen Geflüchtete von Bord

Artikel im migazin vom 15.10.2024

Die Crew auf dem Seenotrettungsschiff „Sea-Eye 4“ wurde im Mittelmeer Zeuge eines beispiellosen Verbrechens. Nach Darstellung der Crew haben maskierte Personen Geflüchtete gezwungen, vom Bord eines Bootes zu springen. Sie konnten gerettet werden.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/10/15/verbrechen-mittelmeer-maskierte-gefluechtete-bord/

Quelle: www.migazin.de

Bundesamt: Jeder zweite Jugendliche in Obhut ist ein Geflüchteter

Artikel im migazin vom 02.12.2024

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in behördliche Obhut kommen, hat im vergangenen Jahr einen neuen Höchststand erreicht – aus genau einem Grund: Die Einreise unbegleiteter Minderjähriger ließ die Gesamtzahl steigen.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/12/02/bundesamt-jeder-jugendliche-obhut-gefluechteter/

Quelle: www.migazin.de

Weitere Meldungen

Verwaltungsgerichtshof: Nürnberg muss Allianz gegen rechts verlassen

Artikel im migazin vom 18.11.2024

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat entschieden, dass die Stadt Nürnberg aus der „Allianz gegen Rechtsextremismus“ austreten muss. Die Allianz verletzte die Neutralitätspflicht der Kommune. Wie geht es nun weiter?

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/11/18/bayerischer-verwaltungsgerichtshof-nuernberg-muss-allianz-gegen-rechts-verlassen/

Quelle: www.migazin.de

RIAS-Jahresbericht: Höchste Zahl antisemitischer Vorfälle in Berlin

Artikel im migazin vom 28.11.2024

Jedes Jahr registriert, dokumentiert und zählt eine Initiative in Berlin antisemitische Taten. 2024 liegen die Zahlen so hoch wie nie zuvor in dieser Statistik. Recherchestelle warnt vor einer Gefahr der zunehmenden Normalisierung von Antisemitismus.

Zum vollständigen Artikel

www.migazin.de/2024/11/28/hoechste-zahl-antisemitischer-vorfaelle-in-berlin/

Quelle: www.migazin.de

zusammen_denken geht weiter

Antisemitismuskritik und Rassismuskritik zusammendenken – Fachliche Unterstützung für die außerschulische pädagogische Arbeit mit jungen Menschen

Das 2024 gestartete Projekt zusammen_denken wird auch 2025 fortgeführt. Im Dezember hat der Landschaftsverband Rheinland die Weiterführung des Projekts aus Mitteln des Landes NRW bewilligt. Das im März 2024 mit einem Besuch von NRW-Jugendministerin Josefine Paul symbolisch gestartete Projekt kann damit auch 2025 fachliche Unterstützung für die außerschulische Bildungsarbeit ermöglichen, denn der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07.10.2023 und der darauffolgende Krieg in Gaza, sowie der gleichzeitige Anstieg von Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus in Deutschland haben auch weiterhin Folgen für junge Menschen verschiedenster Herkünfte und Communitys in Nordrhein-Westfalen.

Es zeichnen sich vor allem im pädagogischen und politischen Bildungsbereich in der Auseinandersetzung und der Besprechbarkeit dieses Konflikts große Herausforderungen ab. Die Diskussionen verlaufen aufgrund von Dichotomien und Verkürzungen oft polarisierend. Inmitten dieser Entwicklungen zeigt sich vor allem, dass Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus einander gegenüber gestellt werden und in öffentlichen Debatten sogar gegeneinander ausgespielt werden. Besonders Kinder und Jugendliche finden sich in Loyalitätskonflikten und einseitigen Argumentationsmustern wieder. Geschützte Räume, in denen ein auf [Ambiguitätstoleranz](#) und Wertschätzung gründender Austausch hergestellt und die Bedarfe und verschiedenen Betroffenheiten berücksichtigt

46. Newsletter „Rassismuskritische Migrationspädagogik“

werden, sind genauso selten wie die kostbare Ressource Zeit, um Meinungen und Perspektiven kritisch zu reflektieren und aufeinander zuzugehen.

Das Projekt richtet sich an Fachkräfte und Multiplikator:innen aus der pädagogischen und politischen Bildungsarbeit und hat zum Ziel, Austauschräume und Vernetzungen zu schaffen, um sowohl den Konflikt als auch die hieraus resultierenden Konsequenzen für die pädagogische und politische Bildungsarbeit besprechbar zu machen. Ferner sollen der Diskurs über Zusammenhänge und Verschränkungen von Antisemitismus- und [Rassismuskritik](#) gefördert und pädagogische Handlungsmöglichkeiten im Umgang erarbeitet werden.

Kontakt

Projekt „Antisemitismuskritik und Rassismuskritik zusammendenken“

IDA-NRW

Volmerswerther Straße 20, 40221 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 1592 55-5

saloua.mohammed(at)ida-nrw.de und simon.hoelscher(at)ida-nrw.de

www.IDA-NRW.de

Stellenanzeigen

-